

Informationen zum Datenschutz nach Art. 13 und Art. 14 DS-GVO im Rahmen der Bauleitplanung

Das Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanungsamt der Stadt Heidelberg erhebt und verarbeitet im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit in der Bauleitplanung, insbesondere bei der Bearbeitung von Stellungnahmen und Anliegen in Bebauungsplanverfahren, personenbezogene Daten. Da diese Vorgänge unter die Datenschutz-Grundverordnung der EU (DS-GVO) fallen, erhalten die Betroffenen hiermit die nach Art. 13 DS-GVO für eine faire und transparente Verarbeitung notwendigen Informationen.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Stadt Heidelberg
Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung
Kornmarkt 5
69117 Heidelberg
Telefon 06221 58-23000 und 58-23010
stadtplanung@heidelberg.de

2. Datenschutzbeauftragte

Datenschutzbeauftragte der Stadt Heidelberg
Rohrbacher Straße 12
69115 Heidelberg
Telefon 06221 58-12580
datenschutz@heidelberg.de

3. Zweck und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Zweck der Verarbeitung

Um eine geordnete städtebauliche Entwicklung und Ordnung zu sichern und der Planungshoheit der Stadt gerecht zu werden, gibt es die Bauleitplanung. Die Aufgaben der Bauleitplanung (Aufstellung, Änderung, Ergänzung oder Aufhebung von Bauleitplänen) sind verbunden mit der Einbeziehung der Öffentlichkeit.

Die Öffentlichkeit erhält hierbei Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung im Bebauungsplanverfahren und kann während der Auslegungsfrist bei der zuständigen Stelle eine Stellungnahme zur vorgelegten Planung abgeben (§ 3 Absatz 1 und 2 BauGB).

Die dabei mitgeteilten personenbezogenen Daten werden benötigt, um die Stellungnahmen, den Umfang der Betroffenheit oder sonstige Interessen hinsichtlich des Bebauungsplanverfahrens beurteilen zu können. Abschließend werden die Stellungnahmen gewichtet und abgewogen und dem Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt. Abschließend wird noch über das Ergebnis der Prüfung und dessen Berücksichtigung informiert.

Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Die Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 e) i. V. m. Abs. 3 DS-GVO i. V. m. § 4 LDSG zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, verarbeitet.

3. Art der Daten

Das Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung verarbeitet personenbezogene Daten, die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit in Bebauungsplanverfahren angegeben wurden. Es werden die in der Stellungnahme gemachten Angaben wie Namen, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse und Flurstücksnummer gespeichert.

4. Dauer der Datenspeicherung

Die Dauer der Speicherung von personenbezogenen Daten richtet sich nach den jeweiligen gesetzlichen Aufbewahrungs- und Löschfristen. Die personenbezogenen Daten werden nur so lange gespeichert, wie sie für die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben bzw. zur Bearbeitung des Anliegens erforderlich sind. Im Rahmen der Bauleitplanung werden die Daten im Regelfall dauerhaft gespeichert.

5. Übermittlung personenbezogener Daten an Dritte

Die Daten werden ausschließlich zur Bearbeitung des Anliegens entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen gespeichert und streng vertraulich behandelt. Personenbezogene Daten werden ggf. folgenden Empfängern übermittelt:

- Höheren Verwaltungsbehörden zur Prüfung von Rechtsmängeln
- Zuständigen Gerichte zur Überprüfung der Wirksamkeit von Bauleitplänen und Satzungen
- Dritten, denen zur Beschleunigung die Vorbereitung und Durchführung von Verfahrensschritten gemäß § 4b BauGB übertragen wurde

6. Betroffenenrechte

Recht auf Auskunft

Sie haben das Recht, von uns Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen (Art. 15 DS-GVO). In Ihrem Auskunftsantrag sollten Sie Ihr Anliegen präzisieren und konkrete Angaben zum Verfahren machen, um uns das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern.

Recht auf Berichtigung

Sofern die Sie betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sind, können Sie eine Berichtigung verlangen. Gleiches gilt, wenn Ihre Daten unvollständig sein sollten (Art. 16 DS-GVO).

Recht auf Löschung

Unter den Voraussetzungen des Art. 17 DS-GVO können Sie die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten verlangen. Ihr Anspruch auf Löschung hängt u. a. davon ab, ob die Sie betreffenden Daten von uns zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgabe

noch benötigt werden (vgl. Ziffer 4.)

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

In den in Art. 18 DS-GVO genannten Fällen haben Sie das Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu verlangen. Eine Verarbeitung kann trotz Einschränkung dennoch erfolgen, soweit an der Verarbeitung ein wichtiges öffentliches Interesse besteht.

Recht auf Datenübertragbarkeit

Sie haben nach Art. 20 DS-GVO das Recht, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten und diese Daten einem anderen Verantwortlichen zu übermitteln.

Recht auf Widerspruch

Sofern Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, und sofern an der Verarbeitung kein überwiegendes öffentliches Interesse besteht oder eine Rechtsvorschrift uns zur Verarbeitung verpflichtet (Art. 21 DS-GVO) haben Sie ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten.

Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde (Art. 77 DS-GVO)

Sollten Sie der Auffassung sein, dass wir Ihrem Anliegen nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen sind, können Sie bei dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und Informationsfreiheit Baden-Württemberg, Postfach 10 29 32, 70025 Stuttgart, Telefonzentrale: 0711/61 55 41-0, poststelle@lfdi.bwl.de Beschwerde einlegen.